

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 17. November 2011

Antrags-Nr. 11-F-33-0041

Ökologischer Mietspiegel

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.11.2011 -

Für das Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden wird seit Jahren in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Mieterbund, Haus & Grund sowie den Sachverständigen für Mieten und Pachten ein Mietspiegel erstellt, welcher - differenziert nach Wohnungsgröße, Wohnlage, Ausstattung und Baujahr - Auskunft über die durchschnittlichen Mieten für nicht preisgebunden Wohnraum innerhalb der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt. Mieter und Vermieter haben mit diesem einfachen Instrument durchweg positive Erfahrungen gesammelt.

Aufgrund seiner Systematik bildet der Mietspiegel jedoch nur die Kaltmiete ab; die so genannte „zweite Miete“, d.h. die Nebenkosten für Heizung und ggf. Klimatisierung, bleiben hingegen unberücksichtigt. Im Zuge der stetig steigenden Energiekosten gewinnen diese jedoch kontinuierlich an Relevanz. Dies umso mehr, da sich die Landeshauptstadt mit Beschluss des Antrages 07-F-25-0051 dazu verpflichtet hat, den Gesamtenergieverbrauch zu senken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- zusammen mit den bestehenden und ggf. auch weiteren Kooperationspartnern analog zur Systematik des bisherigen Mietspiegels Daten für einen ökologischen Mietspiegel zu erheben, damit die so genannte „zweite Miete“ als eigenständiger Posten erkennbar wird und sich Energiesparen für Mieter und Vermieter wirklich lohnt,
- zu berichten welche Vorarbeiten die Verwaltung auf die Beschlüsse zu den Anträgen 08-F-25-0136 und 09-F-01-0002 hin bereits getätigt hat.

Beschluss Nr. 0546

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.11.2011 betr.

Ökologischer Mietspiegel

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2011

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2011

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister